

Sächsische Zeitung

Morgen-Ausgabe

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

In ganz Halle
die einzige 2 mal täglich erscheinende Zeitung

Bezugspreis:

vom 16.-21. 24 1/2 Mark — Zeitungen nehmen überliche Postgebühren, Zustellung und andere Leistungen entgegen. — Bisher gemäß mit dem Datum von Subskriptionen.

Halle - Saale

Anzeigenpreis:

Die 8-spaltigen 24 mm breite (mit-Großspalte: 10 Pfennig, Kleinanzeigen 6 Pfennig, Familien-Anzeigen 4 Pfennig, Stellen-Anzeigen 2 Pfennig, Die 2 größten 10 mm mit 2000 Zeichen 30 Pfennig, Nebst nach Text, Erklärungen, Halle-Saale.

Verkaufsstelle Halle-Saale, Leipziger Straße 11/12, Fernruf Zentral 7801, Sendungen von 1 Uhr an Redaktion 6809 und 6810. — Postfach-Nummer Leipzig 291512.

Dienstag, 25. März 1924

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30, Fernruf Amt Kurfürst 43. 6300 Eigene Berliner S-Briefstation. — Verlag u. Druck von Otto Ullrich, Halle-Saale.

Der französische Botschafter in der Downingstreet

Berzögerung in der Sicherheitsfrage?

Macdonald gegen sofortige Befriedung der Sicherheitsfrage

Paris, 24. März.
Die Pariser Morgenblätter suchen die Tragweite der heutigen Unterredung zwischen Lord Macdonald abzuwägen. Hebe die Absichten des englischen Premier verleierte bereits gestern, daß er einer sofortigen Unterredung mit Frankreich über die Sicherheitsfrage keineswegs gewogen ist.
Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ bestätigt diese Gerüchte und schreibt mit Hinblick auf die Reparationsfrage folgendes: Ich erlaube, daß der Premierminister nicht beabsichtigt, Besprechungen in der Reparationsfrage mit irgend einer der verbliebenen Regierungen vor Schluß des Sachverständigenberichts zu eröffnen. Selbst wenn ich es nicht einschäide, daß Macdonald sich für die Einberufung einer allgemeinen Konferenz sämtlicher verbündeten Staatsmänner einsetzt wird. Dieser Konferenz würde ein Meinungsaustrausch auf dem höchsten diplomatischen Wege vorzuziehen.

Der Premierminister giebt diese Methode vortönen Besprechungen mit dem einen oder anderen der verbliebenen Ministerpräsidenten vor. Der Mitarbeiter erinnert an die Zusammenkunft Poincaré-Stautes Bolandin, die im vergangenen September zu einem bedeutenden Mißerfolge infolge der Geheimnisse geführt habe, mit der sie umgehen wurden. Ich glaube zu wissen, sagte der Mitarbeiter hinzu, daß die meisten Mitglieder des Kabinetts in der oben erwähnten Frage einer sehr entschiedenen Auffassung sind. Sie sehen ein, daß es jetzt noch zu früh sei, aufzukommen, daß Ramsay MacDonald klar und kühl, falls die englische Politik zum Ausdruck bringt und sie neuen Verbindungen offen mitteilt. Eine Zweifel wird das der Fall sein, sobald die Ergebnisse der Sachverständigenarbeiten vorliegen.

Poincarés Initiative

Paris, 24. März.
Das Interesse für die heutige Unterredung des französischen Botschafters in London mit Ramsay MacDonald ist hier trotz der hier einfindenden halbamtlichen Mitteilungen, die in Paris und London über die Bedeutung und den vorläufigen Erfolg dieser Unterredung veröffentlicht worden sind, immer noch lebhaft. Man ist in französischen politischen Kreisen davon überzeugt, daß es sich um einen sehr wichtigen französischen Schritt handelt. Die amtliche Befriedigung, daß diese Schritt nicht durch eine englische Unterredung veranlaßt wurde, sondern

der Initiative Poincarés entspringt, gibt der Londoner Unterredung noch der hier vorherrschenden Auffassung erhöhte Bedeutung.
Authentische Angaben über den Inhalt, mit dem der französische Botschafter in London hierzu wurde, liegen bis jetzt nicht vor. Der „Paris Post“, der die heutige Unterredung als eine Folge des letzten Briefwechsels zwischen den beiden Ministerpräsidenten und vielleicht den Beginn einer ausgedehnten Unterredung, bezeichnet, glaubt verstanden zu dürfen, daß der Botschafter die bekannte franzö-

ische Auffassung von der Sicherheitsfrage in Zusammenhang bringend und um präzisere Angaben über den englischen Standpunkt ersuchen wird.
Der als Nationalist bekannte außenpolitische Mitarbeiter des „Journal“ äußert, die einzig plausible Erklärung des französischen Schrittes bestehe darin, daß Poincaré „nur lokal“ am Abend nach aufstehender Verhandlungen in London denen er teilnehmen wollte, mit der Gewissung liegen, an denen Frankreichs Entgegenkommen bei der Regelung der Sicherheitsfrage haltmachen müßte. Der Mitarbeiter des „Journal“ ist davon überzeugt, daß Poincaré heute noch an den vier Grundfragen festhalte, die er Anfang 1923 gleich nach Bildung seines Kabinetts betonte, nämlich:
1. Ein französisch-englisches Bündnis muß gegenseitigen Schutz vorleben;
2. es muß für eine so lange Zeit abgeschlossen werden, daß es nicht in dem Augenblick verwindet, wo es gerade am notwendigsten wird;
3. die Fälle, in denen das Bündnis zu gelten hat, müssen klar festgelegt werden und die Unvollständigkeit deutscher Angriffe gegen Belgien und die Trübsandheit einfließen;
4. das Bündnis muß von Militärkonventionen über die eventuelle erforderliche Stellung von Streitkräften begleitet sein.

London, 24. März.
Nach zahlreichen aus Paris eintreffenden Berichten bestätigt Poincaré, wenn möglich, auch in den nächsten Tagen Besprechungen mit Macdonald über die Sicherheitsfrage einzuleiten, die durch den heutigen französischen Botschafter geführt werden sollen.
Die diplomatische Korrespondenz des „Daily Telegraph“ hält es aber für sehr zweifelhaft, ob Macdonald sich auf mehr als allgemeine Beratungen einlassen werde, bevor das Gutachten der Sachverständigen eingetroffen sei. Und dann werde Macdonald mehr für eine Vermittlung der alliierten Staatsmänner als für beratende private Unterredungen sein. Für die englische Regierung komme jetzt alles darauf an, eine kleine und ungewöhnliche Politik zu formulieren. Dies werde geschehen, sobald die Gutachten eingegangen seien.

Die Meinungsverschiedenheiten der Sachverständigen

London, 24. März.
Die englische Presse ist mit zahlreichen, einander widersprechenden Nachrichten über die angeblich tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Sachverständigenausschüsse der Reparationskommission, die zu der Heile der drei englischen Zeitungen und des einzigen Vertreter in der Reparationskommission Sir John Bradburn, Anlaß gegeben haben sollen, gefüllt. Die englischen Sachverständigen werden heute und morgen Gelegenheit haben, den bisherigen Verlauf der Verhandlungen mit dem Premierminister und dem Schatzkanzler eingehend zu besprechen. An amtlichen Angaben über was man gestern Abend nicht so pessimistisch getrimmt, wie es in der Presse den Anschein hatte, sondern man glaubt, daß immer noch gute Aussichten vorhanden sind, daß ein brauchbarer und übereinstimmender Bericht aus den Pariser Verhandlungen hervorgehen werde.

Der Prozeß gegen die Großdeutsche Arbeiterpartei

Berlin, 24. März.
(Von unserer Berliner Schriftleitung.)
Der Prozeß gegen die Gründer der „Großdeutschen Arbeiterpartei“, die von Herrn Severing als die Fortsetzung der von ihm vorbereiteten nationalsozialistischen Arbeiterpartei bezeichnet wird, hat heute morgen vor der Strafammer des 3. Berliner Landgerichtes unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Peitschmann begonnen. Es ist gegen den bekannten Oberleutnant Rohbach und acht Genossen Anklage erhoben worden, die ihnen vorwirft, bereits bei Tage nach dem Verbot der nationalsozialistischen Arbeiterpartei unter einem Decknamen diese Partei wieder errichtet zu haben. Nach der Angabe des Angeklagten früheren Majors und Sekretärs der „Deutschen Ausfahrt“ Peitschmann sind die Einladungen zu dieser Gründungsversammlung in Auftrage des Oberleitnants Rohbach ergangen, der auch in der Versammlung den einleitenden Vortrag gehalten hat. Oberleutnant Rohbach ist nicht an Gerichtsstelle erschienen.

Eine Stahlhelm-Sensation

Berlin, 24. März.
(Von unserer Berliner Schriftleitung.)
Das Berliner Stenogramm „Der Montag-Morgen“ veröffentlicht zwei sogenannte Geheimdokumente der Organisation „Stahlhelm“, die aus der Zeit des Völkerrückfalls stammen sollen und die das Datum: „Magdeburg, den 11. November 1923“ tragen. Nach der Auffassung des „M.-M.“ geht aus den Dokumenten „eindeutig hervor, welche Gefahr in dem vorerwähnten „Stahlhelm“ dieses Geheimnisses (1) darin besteht, daß verheimlichte Kundgebungen daraus für die Sicherheit der Republik liegen“.

Dieses vorzüglich unterrichtete Blatt weiß also offenbar gar nicht, daß keine Mitglieder über ganz Deutschland verteilt sind und daß diese vaterländische Organisation in keiner Weise als eine „schwarze Organisation“ bezeichnet werden kann. Selbst wenn die veröffentlichten Dokumente im vollen Umfang echt sein sollten, was wir bisher noch nicht nachprüfen konnten, so enthalten sie jedenfalls nichts, das die intentionale Leberstich dieses Berliner Stenogramms „Geheimen Verordnungen des Stahlhelms“ irgendwie rechtfertigt. An dem verurteilten Angeklagten gibt der erste Bundesoberste des Stahlhelms, der übrigens, soweit wir wissen, von der Volkspartei als Reichslandsamthalder aufgestellt worden ist, eine Schilderung der damaligen politischen Lage, bei der er zu dem Ergebnis kommt, daß es eine andere Lösung als die militärische Errichtung einer nationalen Diktatur nicht mehr gebe. Die Forderung nach einer nationalen Diktatur, die selbstverständlich auf ganz legalem Wege errichtet werden sollte, war damals die Forderung des Tages, die allenfalls öffentlich erhoben wurde und der ja auch Reichsland und Reichsland zu einem gewissen Grade durch das Ernennungsgesetz und seine Ausübung Rechnung trugen. Dieser angebliche Diktaturplan des Stahlhelms ist also ein von den vielen Programmen, die damals ausgearbeitet wurden und unterzeichnet sich nur in der Zusammenfassung des beabsichtigten Diktaturplans, bei dem General v. Seidl, Reichslandverwalter, Reichslandverwalter, Reichslandverwalter und sogar Dr. Stresemann Außenminister werden sollten.
Offenbar verfolgt der „M.-M.“ damit die Absicht, dem Chef der Obersten Heeresleitung etwas anhängen, was ihm er damit wohl kaum Erfolg haben, da General v. Seidl bereits in der Nacht vom 8. zum 9. November die vollständige Gewalt übertragen worden war und er somit bereits vollkommen im Besitz der Vollmachten war, die ihm in diesem Programm zuerkannt werden. Am übrigen hat der Name Generals v. Seidl in allen Kombinationen der damaligen Zeit ganz selbstverständlich eine führende Rolle gespielt, ohne daß v. Seidl etwas dazu tun oder es verhindern konnte.

Richard Kunze Spitzenkandidat von Königsberg

Königsberg, 24. März.
(Eigener Drahtbericht.)
Die Deutsch-sozialistische Partei, Landesverband Ostpreußen, hat als Spitzenkandidaten Richard Kunze, Stadtordnungsleiter in Berlin-Grünow, aufgestellt.

Neue Richtlinien für Polens Politik gegenüber Danzig

Danzig, 24. März.
(Eigener Drahtbericht.)
Der polnische Vertreter in Danzig, Dr. Strapienski, wird heute zur Veranlassung in Warschau erwartet. Wie es heißt, soll die in der letzten Zeit öffentlich so lebhaft diskutierten Frage der grundlegenden Einstellung gegenüber Danzig namentlich im Hinblick auf die nicht polnische Bevölkerung von Danzig der politischen Regierung sein. Bekanntlich sind besonders die Danziger Polen unter Führung des Volkspolitikers Meszyniecki gegen die diskutierten Beschlüsse aufgetreten.

Die Aufrollung der Kriegsschuldfrage

Bartrische Kritik an Stresemanns Sonntagsrede

München, 24. März.
(Eigener Drahtbericht.)
Die „Mündener Neuesten Nachrichten“ nehmen heute gegen den „Bartrische“ Stresemanns auf den bayerischen Ministerpräsidenten in der gestrigen Rede in Darmstadt Stellung. Stresemanns habe nicht die geringste Berechtigung, sich über die Kriegsschuldfrage zu äußern, daß eine so entscheidende Frage wie die Kriegsschuldfrage in einer Selbstverpflichtung vom bayerischen Ministerpräsidenten behandelt werden sei. Trotz aller Forderungen von bayerischer Seite, in der Kriegsschuldfrage von Reichs wegen aktiv mitzugehen, sei bisher nichts geschehen. Die Kriegsschuldfrage sei aber die Kernfrage des bayerischen Staates, und es sei daher eine der vorrangigsten Aufgaben der einzelnen Regierungen, das Volk immer und immer wieder darüber aufzuklären.

Die franko-schwedischen Geheimdokumente

Berlin, 24. März.
Theodor Wolff wendet im „Berliner Tageblatt“ dem verurteilten schwedischen Gesandten in Berlin, Zetter, einen warmen Nachruf. Er ist überzeugt, daß Zetter von der Reichsregierung keine Aufzeichnungen durchgesehen war, in denen er die vom „Berliner Tageblatt“ veröffentlichten Geheimdokumente über

die militärischen Anmachungen Frankreichs und der Schwedenschwärze demontierte.

Theodor Wolff fährt fort: „Ich möchte am Sarge eines verstorbenen Mannes nicht eine Diskussion forenieren, die im übrigen, solange nicht neue Quellen sich öffnen, in Unfruchtbarkeit verharren muß. Selbstverständlich wird über geheime Dokumente, deren Originale nicht vorliegen, immer gestritten werden, und für die Frage der Veröffentlichung ist es in solchen Fällen ausnahmslos geboten, wenn der Inhalt mit den Beobachtungen und Informationen übereinstimmt, die an diesen autorisierten Stellen gleichzeitig und gleichmäßig gesammelt worden sind. Die einschlägige Lokalität würde trotzdem gebieten, einen schlüssigen Beweis anzubringen, aber gegen amtliche Demütigung besteht ein berechtigtes Mißtrauen, und besonders dann, wenn man sie von aufgeregten und übertrieben Schimpfplätzen begleitet löst.“

Zum Vergleich führt er eine Veröffentlichung des „M.-M.“ vom 22. Mai 1914 über die Aufforderung Rußlands zu einer englisch-russischen Flottenentsende an, die sowohl in Rußland wie in England offiziell demontiert wurde. Heute sei es eine ähnliche, nicht mehr betrübende und gar nicht betrübende, in allen Einzelheiten aus den alten bekannte Tatsache, daß im Mai und im Juni 1914 in London eintrag und gleichmäßig mit den Äußerungen über die Flottenentsende verhandelt worden ist. In der Geschichte lassen sich unendlich politische Fälle nachweisen, in denen auch deutschen Botschaftern und Gesandten, die eine eigene politische Meinung hatten, von der Zentrale Wichtiges mitgeteilt worden ist.“

